

17.2.2015, 08:03 Uhr

Meinungsfreiheit

Ärger mit der «Lügenpresse»

Heribert Seifert 17.2.2015, 08:03 Uhr



Stiller Protest mit einer Kerze. Eine Aktion von Pegida in Dresden, weil eine Demonstration verhindert wurde. (Bild: JENS MEYER / AP)

Was die rituellen Forderungen nach Meinungsfreiheit wert sind, erkennt man nicht zuletzt daran, wie die Medien mit missliebigen Stimmen umgehen. Viele müssen hier noch dazulernen.

Einen Augenblick lang konnten sich Journalisten wie die Helden der westlichen Welt fühlen: Als am Sonntag nach dem Pariser Massaker islamistischer Terroristen Millionen den Willen zum Widerstand gegen die Mörder demonstrierten, signalisierte die Parole «Je suis Charlie» die öffentliche Anerkennung der fundamentalen Rolle von Pressefreiheit und journalistischer Arbeit in freiheitlichen Demokratien. Die feiertägliche Erhebung dauerte nicht lange. Schon tags darauf zeigten Teilnehmer der Pegida-Proteste wieder Schilder mit der Parole «Wahrheit statt Lügenpresse» und erinnerten so daran, dass in Deutschland die Medienverdrossenheit in Medienverachtung umgekippt ist.

Was bisher [aufs Internet beschränkt war](#) und reisserische Pressekritik in Bestsellern wie «Gekaufte Journalisten» befeuert, ist in Dresden und anderswo zu einem Mobilisierungsmotiv für Strassenprotest geworden. Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Medien ist populär, das bestätigt auch eine [Untersuchung im Auftrag des NDR-Medienmagazins «Zapp»](#).

Eine Zeitlang reagierten Medien darauf mit einer Mischung aus Ignoranz und aggressiven Gegenwürfen, welche die Kritiker als Internet-«Trolle», habituelle Querulanten oder politische Extremisten klassifizierten.

Bleierner Konsens

Nun ist ein anderer Ton zu hören. Ausgerechnet die beim Publikum so erfolgreiche Wochenzeitung «Zeit» formuliert deutliche Selbstkritik. Nach Ansicht leitender «Zeit»-

Redaktoren hat die deutsche Konsensgesellschaft «eine Menge unbehandelter dunkler Materie» aus der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen. Überrascht liest man in einer Zeitung, der in Fragen geschichts- und gesellschaftspolitischer Korrektheit so leicht kein anderes deutsches Blatt das Wasser reichen kann, dass «im Zuge der Entideologisierung, Entfeindung und Versachlichung der deutschen Politik das Spektrum tolerierter Positionen immer enger geworden» sei. Und: «Während die Medien seit Jahren die ›Langeweile‹ der Politik bejammern, haben sie zugleich leidenschaftlich die Rolle des Grenzwächters übernommen. Die Medien, die den bleiernen Konsens kritisieren, sanktionieren zugleich seine Missachtung.»

Ähnliche Töne finden sich auch in anderen führenden Medien und bei Politikern. So nominierte etwa [Deutschlands Aussenminister Frank-Walter Steinmeier](#) bei der Verleihung der Medienpreise Lead Awards: «Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Das Meinungsspektrum draussen im Lande ist oft erheblich breiter.»

Nicht zufällig fällt die neue mediale Bussfertigkeit mit dem Auftreten der Pegida-Bewegung zusammen. Mustert man die Medienreaktion auf diese Protestbewegung, so findet man reichlich Stoff für die jüngste journalistische Selbstkritik.

Verdachtsberichterstattung

Auf das Neue im Erscheinungsbild der Demonstranten, auf ihre unbeholfenen Kommunikationsformen, zu denen lange Zeit auch die bewusste Verweigerung von Medienkontakten gehörte, und auf einige Reizwörter in den Parolen haben die tonangebenden Medien nicht mit ergebnisoffener Recherche, sondern mit gewohnten Reflexen reagiert. Obwohl die klare Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer gewaltfrei und [ohne extremistische Forderungen](#) auftrat und obwohl gelegentlich sogar entspannt-ironische Verhaltensweisen zu beobachten waren, herrschte eine Verdachtsberichterstattung, die darauf lauerte, hinter der Fassade den Nazi zu enttarnen.

Wo das nicht gelang, gab es unüberprüfbare Unterstellungen wie im Berliner «Tagesspiegel»: «In Dresden ist es mittlerweile schwierig, einzelne Neonazis in der Masse der Pegida-Demonstranten ausmachen zu wollen. Zu sehr ist hier der unpolitische Wutbürger mit dem strammen Rechtsradikalen verschmolzen.» Und wenn man Pegida schon keine fremdenfeindlichen Gewalttaten direkt zurechnen konnte, dann operierte man, wie bei «Report Mainz» vom Südwestrundfunk, mit diffusen Formeln von einem entsprechenden «Klima» und von einer [«Stimmung, die Pegida schürt»](#) .

Gängige Ausgrenzungs- und Abwertungsformeln waren gleich bei der Hand. Da marschierten «brüllende» Verlierer, «die bitteren Greise und die krass schlecht gelaunten Jungen» (Zeit online), verbohrt in «Fremdenfeindschaft», Ausländerhass und Nationalismus, was angesichts der offiziellen Pegida-Forderungen nach kontrollierter Einwanderung und rascherer Ausweisung abgelehnter Asylbewerber schon interpretatorische Kraftakte erforderte. Die [Ausforschung der Facebook-Sympathien](#) von Pegida-Anhängern gilt auf Zeit online als Aufklärungsinstrument. Die methodischen Unzulänglichkeiten und der widerwärtige Schnüffelmodus solcher [«Enthüllungstools»](#) scheinen niemanden zu stören.

Der seitenfüllende Abdruck der formelhaften Anti-Pegida-Stellungnahmen von Politikern und Kirchenführern verstärkte noch die Schlagseite der Berichterstattung. Wer als Pegida-Teilnehmer am nächsten Morgen in der Zeitung las, was für eine miese und von allen Rechtschaffenen verachtete Type er doch eigentlich war, wird die Parole

«Lügenpresse, halt die Fresse!» bei nächster Gelegenheit vermutlich inbrünstiger gerufen haben.

Der Kampfbegriff Lüge ist dabei freilich wenig ergiebig. Es sind nicht flagrante Täuschungen bei der Wiedergabe der Fakten, die unangenehm auffallen. Auch war es natürlich richtig, über die Einmischung von Rechtsextremisten am Rande der Demos zu berichten. Es stört aber die Einbettung der Informationen in die grosse und allzu distanzlos mit der Politik geteilte Rahmenerzählung vom Kampf der Weltoffenheit und Vielfalt gegen bornierte Einfalt. Für die Presse und auch die Sender spricht allerdings, dass der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt viel Platz und Zeit bekam für sein Ein-Mann-Aufklärungsunternehmen einer [differenzierten Deutung des Pegida-Protests](#), auch in klarem Widerspruch zu redaktionellen Beiträgen. Für ihn macht Pegida eine politisch-mediale «Repräsentationslücke» deutlich: Zwischen dem zugelassenen öffentlichen Diskurs und der Zone der Alltagskommunikation gesellschaftspolitisch eher rechtsorientierter Bürger gibt es keine Vermittlung.

Veredelung des Volkswillens

Ausgeprägt konservative Massenmedien, die im Sinne des Politologen Ernst Fraenkel auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine «Veredelung des empirisch vorfindbaren Volkswillens» betreiben könnten, sind in Deutschland nicht mehr oder nur in randständigen Positionen auf dem Markt. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung sieht sich deshalb sprachlos einer Entwicklung gegenüber, die ihrer Ansicht nach ihre Interessen nicht berücksichtigt.

Patzelts optimistische Idee, in Vertrauen auf die Kraft einer unverstellten öffentlichen Meinungsbildung aus Vorurteilen politisch bearbeitbare Argumente und Forderungen zu machen, hat ausgerechnet in den Intelligenzblättern der Republik wüste Gegenrede provoziert. «Nicht aufwerten durch Debatten» heisst es da in der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung» zum Dialogversuch des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Fahrlässig sei es, [«dem Vorurteil, schlimmer noch, dem tiefen Ressentiment eine mediale Bühne zu bauen»](#). Offenbar ist man hier überzeugt davon, es nur mit ein paar reaktionären Randständigen zu tun zu haben, die ihre Kommunikationsbedürfnisse im Kneipengespräch, im «Schimpfen an der Strassenecke» und beim «Grölen im Stadion» befriedigen sollen.

Angesichts der Zustimmung, die [Pegida-Forderungen bei Meinungsumfragen](#) finden, ist das eine riskante Aussage, die nennenswerte Teile der Bevölkerung einfach abschreibt und ihre Themen für Diskursmüll erklärt. Im «Spiegel» wettet ein Kolumnist gegen das «dauernde Dialoggedusel», das zur Etablierung eines «völkischen Diskurses» beitrage. In der «Frankfurter Rundschau» feiert ein Kommentator «die gute Wut gegen den Fremdenhass», die sich [«ruhig auch mal» in lautem und aggressivem Protest](#) entladen dürfe. Die bei einigen Gegendemonstrationen schon rituelle Gewalt nicht nur gegen Sachen wird da als Kollateralschaden bei der Beförderung des Guten gern in Kauf genommen. Die zahlreichen Behinderungen der Pegida-Teilnehmer durch Blockaden ihrer Gegner fand ohnehin kaum jemand kritikbedürftig.

Die Aufklärer, die hier auftreten, reden im Gestus strenger Kolonialoffiziere, die ihren noch immer nicht diskurshygienisch stubenreinen Eingeborenen die Leviten lesen, aber auf keinen Fall zuhören wollen. «Die Ansage muss lauten: «Jetzt hört ihr mal zu. Und zwar richtig.»» ([«Süddeutsche Zeitung»](#)) Das argumentative Inventar, mit dem hier ein Deutungsmonopol verteidigt wird, ist mit seinem phrasenhaft erstarrten, abstrakten moralischen Universalismus nicht nur bemerkenswert ausgezehrt, sondern zeigt gelegentlich Züge unfreiwilliger Komik. So erregt sich der Leitartikler der «Süddeutschen Zeitung» darüber, dass Sigmar Gabriels Dialogstrategie gerade jene

Demonstranten durch besondere Beachtung auszeichne, die «mit fragwürdigen und provokativen Parolen auf sich aufmerksam machen. Haben normale Menschen, die nicht demonstrieren, deshalb keine ernstzunehmenden Interessen?» Derlei las man früher bevorzugt im «Bayernkurier» des Franz Josef Strauss, wenn es zum Beispiel um Polemik gegen linke Protestaktionen ging.

Bequem, langweilig

In einer kuriosen Volte geriert sich als faktisch konservatives Establishment, was sich vom Selbstverständnis her eher linksliberal und grün-alternativ fühlt. Der Medienanalytiker Lutz Hachmeister spricht von einem «bürgerlichen Zentrismus», der den deutschen Medienkonsens seit geraumer Zeit prägte. Legitime Publizistik darf nach der Überzeugung dieses Juste Milieu nur in den Grenzen seiner Wahrnehmungs- und Urteilmuster stattfinden. Dabei sind die Konturen der einzelnen Medien ebenso abgeschliffen wie im überwältigenden sozialdemokratisch-ökologischen Konsens der deutschen Politik, an den sich Medien gern anlehnen. Explosive Konfliktthemen werden gern ausgeschlossen, wenn ihre öffentliche Erörterung als «nicht hilfreich» gilt. Polarisierungen werden lieber künstlich erzeugt und in Debatten mit bekannter Dramaturgie übergeführt. Das alles ist «bequem, langweilig, vorhersagbar» (Hachmeister).

Man wird sehen, ob die jüngsten medienkritischen Alarmrufe solche eingewöhnten Routinen aufbrechen können. An Stoff, an dem die Idee einer «Ausweitung der Kampfzone» («Die Zeit») auszuprobieren wäre, wird es jedenfalls in absehbarer Zukunft nicht mangeln.

MEHR ZUM THEMA

**Angst vor Islamisierung
SVP hält Distanz zu Schweizer
Pegida-Ableger**

12.1.2015, 19:54 Uhr

**Pegida-Kundgebung in Dresden
Zahmere Töne – Anzeichen neuer
Taktik?**

13.1.2015, 06:56 Uhr

**Zurückhaltendere Töne in Dresden
Pegida probt Partei-Rhetorik**

13.1.2015, 22:34 Uhr

**Pegidas Missvergnügen
Reflexe einer verunsicherten
Mittelschicht**

19.1.2015, 08:04 Uhr

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTESPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.